

Politische Ausgabe.

15. Jahrgang Nr. 242 (5293)

Berlin, den 16. Oktober 1934.

Abenddienst.

Gesteigerte Tätigkeit der Komintern.

Um die Rote Einheitsfront.

O. E. Moskau, 16. Oktober (Ost-Express)

Die Kommunistische Internationale entfaltet jetzt eine rege Tätigkeit. Es scheint, dass die Ereignisse in Spanien den Anstoß dazu gegeben haben, aber die neue Aktion greift schon weiter. Die "Prawda" hat, übrigens erst nach der Pariser "Humanité", einen Aufruf an die Sozialistische Internationale veröffentlicht, der im Hinblick auf den Sieg "der faschistisch-monarchistischen Reaktion in Spanien" (womit also endlich die Niederlage der spanischen Aufständischen gegeben wird) die Bildung einer Einheitsfront vorschlägt. Diese soll über gemeinsames Vorgehen gegen die spanische Regierung und gegen die sie unterstützenden kapitalistischen Staaten beraten. Die ersten Verhandlungen haben in Paris schon begonnen. Unterdessen ist aber das Zentralkomitee des Komsomol (Kommunistische Jugendorganisation der Sowjetunion) schon weitergegangen. Es wendet sich an alle gleichartigen Organisationen des Auslandes und schlägt eine Einheitsfront auch der Roten Jugend vor, d. h. der kommunistischen und sozialistischen Jugendverbände, zum Kampf gegen die "kapitalistische Bourgeoisie". Wenn hier also auch offenbar unter dem Eindruck des solange geleugneten Zusammenbruchs des Aufstandes in Spanien zunächst von einer Unterstützung "der heroischen spanischen Genossen" die Rede ist, so zeigt sich doch schon die Tendenz zu einer Erweiterung der einmal eingeleiteten Kampagne.

"Der gutinstruierte Sowjetwähler."

O. E. Moskau, 16. Oktober (Ost-Express)

Zur beginnenden Wahlkampagne im Sowjetstaat werden jetzt in täglich zunehmendem Masse belehrende Artikel und Glossen in der Presse veröffentlicht. Auch Zuschriften aus Wählerkreisen fehlen nicht, in denen Wahlfreudigkeit und Stolz auf das Wahlrecht zum Ausdruck kommen. Hiernach könnte es fast scheinen, als ob diese Wähler und die Wählermassen überhaupt noch Erwägungen über die Stellungnahme zu den Wahlen anstellen, ehe sie sich zur Stimmabgabe entschliessen. Tatsächlich aber handelt es sich um streng beaufsichtigte Wahlen, die weder zu einer systemfeindlichen Stimmabgabe, noch zu demonstrativer Wahlenthaltung die Möglichkeit bieten. Die Sowjet- und Parteiorganisationen, die Gewerkschaften und der Komsomol, also nicht weniger als vier Gruppen von Aufsichtsorganen, sind verpflichtet, über die "Zuverlässigkeit" der Wähler zu wachen. Die Sowjetpresse wendet sich auch ganz offen an diese Organisationen mit der Aufforderung, die Wahlinstruktion zu verwirklichen. Deren Sinn aber ist: Ausschaltung des Klassenfeindes und Wahl von Kollektivbauern, Proletariern und Veteranen der Roten Armee.